



**Regionalverband
Südlicher Oberrhein**
Planen. Beraten. Entwickeln.

DS VVS 05/06

22.03.2006
Freiburg i. Br.,
53221.0.2
Unser Zeichen:

Körperschaft des
öffentlichen Rechts

Reichsgrafenstraße 19
79102 Freiburg i. Br.

Verbandsversammlung am 27.03.2006

TOP 3a (öffentlich) Ausbau der Rheintalbahn zwischen Offenburg und Basel hier: Sachstandsbericht seit der Verbandsversammlung am 08.12.2005

– *Information* –

Die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Südlicher Oberrhein forderte in ihrer Sitzung am 08.12.2005 mit der „Botschaft der Region am Oberrhein und Hochrhein an die Bundesregierung“, die für die Bemessung von Schallschutzmaßnahmen entlang von Schienenwegen maßgeblichen Rechtsgrundlagen entsprechend den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen zu novellieren (DS VVS 17/05).

Diese Forderungen der Region haben die Regionalverbände Hochrhein-Bodensee und Südlicher Oberrhein **mit Schreiben vom 19.12.2005 an die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee sowie Ministerpräsident Günther Oettinger** übersandt mit der Bitte um tatkräftige Unterstützung bei der zügigen Realisierung des Jahrhundertprojektes „Aus- und Neubau der Rheintalbahn zwischen Karlsruhe und Basel“.

In einem ausführlichen **Antwortschreiben vom 19.01.2006** sagt das **Bundesverkehrsministerium** zu:

1. „Ihre Anfrage nehme ich zum Anlass, um die Rechtfertigung des Schienenbonus in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Umwelt- und Reaktorsicherheit, dem Umwelt-Bundesamt und der Deutschen Bahn AG erneut überprüfen zu lassen“.
2. Ferner betont die Bundesregierung, dass „die Lärmreduzierung an der Schallquelle eine sehr wichtiger Bestandteil in der Gesamtkonzeption der Lärmbekämpfung im Schienenverkehr ist“ und sie sich daher dafür einsetzt, „dass auf internationaler Ebene Regelungen zum Einsatz lärmarmen Fahrzeuge getroffen werden“.

Da für eine wirkungsvolle Überprüfung des sog. Schienenbonus die Einbindung von bundesweit anerkannten Experten entscheidend ist, forderten die **beiden Regionalverbände mit Schreiben vom 03.02.2006 an Bundesminister Tiefensee** die Einbindung der unabhängigen Experten des Hearings vom 18.11.2005.

Im Interesse aller an Schienenwegen lebenden Menschen wiesen die Verbandsvorsitzenden darüber hinaus nochmals auf die große Bedeutung einer Modernisierung des sog. Rollenden Materials hin. Zu überdenken sei insbesondere die bisherige Förderpraxis des Bundes, da zurzeit ausschließlich bauliche Investitionen vom Bund finanziert werden. Fahrzeugbezogene Maßnahmen, wie die Umrüstung des sog. Rollenden Materials sind bislang ausschließlich Aufgabe des Bahnbetreibers, der Deutschen Bahn AG.

Staatssekretär Rudolf Köberle sagte in dem Antwortschreiben vom **24.02.2006** an die beiden Vorsitzenden der Regionalverbände seine Unterstützung zu,

- „den Bundesverkehrsminister darauf hinzuweisen und darum zu bitten, so rasch als möglich wissenschaftliche Untersuchungen zu den gesundheitlichen Auswirkungen des Schienenlärms, insbesondere bei Nacht zu veranlassen“, da sich die bislang vorliegenden Untersuchungen „ausschließlich auf die Lästigkeitsempfindung oder –wahrnehmung beziehen, nicht aber auf Aspekte der Gesundheitsgefährdung“.
- Ferner betonte Köberle, dass „nach Einschätzung des Innenministeriums und des Umweltministeriums unter Nutzen-Kosten-Gesichtspunkten eine Lärmreduzierung an der Schallquelle sinnvoller wäre“.

Auf Einladung von Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB trafen sich Vertreter der Regionalverbände Hochrhein-Bodensee und Südlicher Oberrhein sowie der Bürgerinitiative BOHR am **15.03.2006** zu einem **Runden Tisch in Berlin** mit

- Karin Roth, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium sowie
- Abgeordneten des Deutschen Bundestages: Uwe Beckmeyer (verkehrspolitische Sprecher SPD-Bundestagsfraktion), Elvira Drobinski-Weiß, Gernot Erler, Rita Schwarzelühr-Sutter, Peter Weiß.

Inhalt des Gesprächs war erneut das klare Bekenntnis der Region zum zügigen Ausbau der Rheintalbahn zwischen Karlsruhe und Basel. Im Vordergrund stand insbesondere die bislang noch nicht bekannten gesundheitlichen Auswirkungen des Schienenverkehrslärms auf den Menschen. Die Parlamentarische Staatssekretärin Karin Roth berichtete, so wie bereits den Regionalverbänden im Januar 2006 mitgeteilt wurde, dass in einer Studie Auswirkungen von Schienenverkehrslärm auf die Gesundheit untersucht würden.

Der Verbandsdirektor des Regionalverbandes Südlicher Oberrhein dankte der Staatssekretärin für ihre klare Aussage. Damit erfüllt das Bundesverkehrsministerium eine wesentliche Forderung der Region: die Überprüfung des sog. Schienenbonus. Ferner regte der Verbandsdirektor an, die bisherige Investitionsförderung des Bundes zu überdenken und stellte die Frage, weshalb aus dem vorhandenen Budget für bauliche Investitionen nicht ein Teil für ein Umrüstprogramm „Rollendes Material“ zur Verfügung gestellt werden kann. Damit wäre nach Auffassung unabhängiger Eisenbahnxperten mittelfristig der größte Lärminderungsertrag bei geringstem finanziellem Aufwand für alle an Schienenverkehrswegen lebenden Menschen zu erwarten.

Zuletzt bestätigte das **Bundesverkehrsministerium mit Schreiben vom 20.03.2006** die eigenen Anfang des Jahres getroffenen Aussagen: „Im Auftrag der Deutschen Bahn AG laufen gegenwärtig Studien unter dem Gesichtspunkt, inwieweit Schienenverkehrslärm gesundheitsschädigende Auswirkungen haben kann. Davon abhängig müssen anschließend ggfs. erforderliche Schritte ergebnisoffen zum Schienenbonus geprüft werden.“

Fazit:

Die von den Regionalverbänden thematisierten Forderungen zur Novellierung der für die Bemessung von Schallschutzmaßnahmen entlang von Schienenwegen maßgeblichen Rechtsgrundlagen erzielen erste Erfolge. Für den Regionalverband Südlicher Oberrhein gilt deshalb, den eingeschlagenen Weg im Interesse der an Schienenwegen lebenden Menschen weiter konsequent zu verfolgen.